

Der 116. Deutsche Ärztetag war alles in allem ein typischer: Am Ende teils kontroverser Debatten standen breite Mehrheitsentscheidungen in den wesentlichen Punkten. Foto: Erdmenger/ÄkNo

## **Die Konsensmaschine funktioniert**

Wer seit zwei Jahrzehnten Deutsche Ärztetage verfolgt, dem präsentierte sich das Ärzteparlament im Mai in Hannover mit einem wohlbekannten und bewährten Themenmix – Gesundheitspolitik, ärztliche Ethik, Fortbildung, Weiterbildung –, der sich in seiner ganzen Bandbreite auch in den Kommentaren unserer rheinischen Ärztetagsdelegierten widerspiegelt (siebe Seiten 18 bis 20).

Das öffentliche Interesse richtete sich, zumal im Bundestagswahljahr, vor allem auf die Gesundheitspolitik. Ihr bereits im vorigen Jahr in Nürnberg beschlossenes Bekenntnis zum dualen System aus Gesetzlicher Krankenversicherung und Privater Krankenversicherung bekräftigte die Ärzteschaft in diesem Jahr – und legte zusätzlich einen eigenen Reformvorschlag zur Finanzierung der Krankenversicherung auf den Tisch (siehe Seiten 14 und 15).

Der ist durchaus als mutig zu bezeichnen, bedeutet er doch eine umfassende Veränderung der aktuellen Finanzierungssystematik – und eine eindeutige Absage an die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geplante Bürgerversicherung.

Dementsprechend fielen die Schlagzeilen aus – sie reichten von "Gesunder Wettbewerb" und "Einig gegen die Einheitskasse" (beides *Die Welt*) über "Wirbel um neuen Krankenkassen-Beitrag" (*Bild*) und "Ärzte fürchten die Bürgerversicherung" (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*) bis hin zu "Ärzte machen Front gegen Rot-Grün" (*Süddeutsche Zeitung*).

Ärztetagspräsident Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery stellte vor Journalisten klar, dass die Reformvorschläge der Ärzteschaft unbeeinflusst von parteipolitischen Überlegungen sind. Dass programmatische Äußerungen zur Gesundheitspolitik im Jahr der Bundestagswahl auch unter Wahlkampfgesichtspunkten wahrgenommen werden, ist nicht beabsichtigt, sondern unvermeidlich.

Einige Ärztetagsdelegierte vertraten die Auffassung, es sei nicht Sache der Ärzteschaft,

sich dezidiert zur künftigen Finanzierung der Krankenversicherung zu äußern. Diese Position war noch vor fünf Jahren mehrheitsfähig, doch das hat sich geändert. Am Ende beschlossen die Delegierten das Finanzierungskonzept mit großer Mehrheit.

Traditionell spielt beim Deutschen Ärztetag das Bedürfnis nach Einigkeit eine große Rolle. Bei bestimmten Themen treten dennoch die ebenso traditionellen Konfliktlinien, die Interessenunterschiede zwischen einzelnen Arztgruppen, deutlich hervor. In aller Regel gelingt es jedoch, nach mitunter langwierigen Debatten tragfähige Kompromisse zu finden.

Dass der Deutsche Ärztetag geradezu eine Konsensmaschine ist, hat er in Hannover augenfällig beim Thema der Weiterbildung in der ambulanten Praxis bewiesen (siehe auch Seite 17). Da gingen die einen mit dem Reizwort "Pflichtweiterbildung" ins Rennen. Andere sahen die Gefahr heraufziehen, dass dadurch die in Weiterbildung befindlichen Kolleginnen und Kollegen bei ungeklärter Bezahlung in einen Flaschenhals gedrängt werden.

Das sei der "Casus Belli", hieß es noch donnerstags. Doch schon freitags ging es wieder friedlich zu, die Diplomatie hatte gesiegt. Die Delegierten verabschiedeten mit großer Mehrheit einen Kompromiss. Typisch Ärztetag.

Horst Schumacher Chefredakteur

Rheinisches Ärzteblatt 7/2013